

## **Kapitel 4: Zusammen leben**

45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Antragsteller\*in: KV Pinneberg  
Beschlussdatum: 08.10.2020

### **Titel**

**Ändern in:**

### **Änderungsantrag zu GSP.Z-01**

**Von Zeile 64 bis 65 löschen:**

(175) Aktives jüdisches Leben in Deutschland und Europa nach den ~~schrecklichen~~-Erfahrungen der Shoa bedeutet eine große Verantwortung für den deutschen Staat und seine Bürger\*innen.

**Von Zeile 69 bis 71 löschen:**

unseres Rechtsstaates und die immer währende Aufgabe aller Menschen in Deutschland und in Europa. ~~Das Existenzrecht und die Sicherheit Israels mit gleichen Rechten für all seine Bürger\*innen sind unverhandelbar.~~

### **Begründung**

- Das Attribut "schrecklichen" verharmlost eher, die Benennung der "Shoa" ist hinreichend
- Die deutsche Verantwortung gegenüber dem jüdischen Volk in Deutschland und Europa ist hier gut dargestellt.
- Ein Sicherheitsversprechen gegenüber dem Staat Israel in seiner heutigen Form als Besatzungsmacht abzugeben, erscheint uns nicht angemessen. Ansonsten wäre auch auf das Existenzrecht der Palästinenser hinzuweisen.